

Thesen zur Strategie der LINKEN in Bremen 2007-2011

CS 15.07.2007 und 25.07.2007 (Version 2.0)

Vorbemerkung:

Dies ist stark vorläufiges, sehr persönliches Thesenpapier. Es ging mir darum, eine Vorlage zu schaffen, die uns die Diskussion um eine Strategie erleichtert und verschiedene Erfahrungen, die wir in den Wochen seit der Wahl gemacht haben, auf eine politisch-abstrakte Ebene zu heben, sprich als Strategiefrage zu behandeln. Erfahrungsgemäß diskutiert es sich leichter, wenn ein Papier auf dem Tisch liegt. Deshalb und weil ich die Kritik richtig fand, dass endlich strategisch diskutiert werden muss, habe ich dieses Papier hier gemacht. Es stellt keine irgendwie vereinbarte Fraktionslinie dar und ist auch nicht aus einer gemeinsamen Diskussion der Fraktion hervorgegangen. Sein Zweck bestand ausschließlich darin, die Diskussion in der Fraktion und im 15er Kreis voranzutreiben bzw. zu erleichtern bzw. den Einstieg dafür zu finden. Die Diskussion in der 15er-Runde, aber auch darüber hinaus fand ich sehr anregend, und ich hoffe sie wird weitergehen. - Ich habe gegenüber der ersten Fassung des Papiers ein paar Sätze im ersten Teil gestrichen, die zu zahlenspielerisch waren, und versucht den Teil drei etwas weiter auszuführen. Der Rest ist unverändert. Ich habe nicht versucht, schon die Diskussion mit aufzugreifen, sondern nur die Sachen überarbeitet, wo ich bei der Version 1.0 einfach nicht fertig geworden war. Ich freue mich auf eure Beiträge.

Christoph Spehr

These 1: Rot-Grün hat in Bremen nur zusammen mit der LINKEN eine Mehrheit.

(1) Die Wahl 2007 hat einen massiven **Linksrutsch** gebracht, dessen Ausmaß man sich klar machen muss. Die Große Koalition verliert fast 10 % (von 72.1 % auf 62.5 %), Rot-Rot-Grün ist rechnerisch praktisch genauso stark (61.6 %) wie eine Große Koalition. Das Verhältnis zwischen Rot-Rot-Grün und den bürgerlichen Parteien CDU/FDP hat sich um 7.1 % nach links verschoben (von 56.8 : 34.0 auf 61.6 : 31.7). Auch für Landtagswahlen ist das eine geradezu dramatische Verschiebung. Das bürgerliche Lager ist auf unter 1/3 der Stimmen gefallen. Eine ähnliche Dominanz gab es nur einmal 1987, als SPD und Grüne zusammen mit der DKP rechnerisch auf 61.5 % der Stimmen kamen, sonst nie. Das linke Lager war noch nie so stark wie 2007, und das liegt an der LINKEN.

(2) Diese Zahlen müssen allerdings **relativiert** werden. Die SPD, aber auch die Grünen stehen bekanntlich **nicht zu 100% für ein linkes Projekt**. Als Gradmesser für die inneren Mehrheitsverhältnisse in der SPD kann die Urabstimmung über die Bürgermeister-Nachfolge vor 2 Jahren gelten, wo Jens Böhrnsen (als Repräsentant des linken Flügels) sich mit 72 % zu 27 % gegen Willi Lemke (als Repräsentant des rechten Flügels) durchsetzte. Als Arbeitshypothese kann deshalb gelten, dass ¼ der Mitglieder und der Wählerschaft der SPD einem Bündnis mit der CDU, einer rechtssozialdemokratischen Politik a la Schröder und einer Ausgrenzung der LINKEN den Vorzug geben würden vor einem Bündnis mit den Grünen, einer linkssozialdemokratischen Politik a la „Lafontaine 1998“ und einer Öffnung zur Zusammenarbeit mit der LINKEN. Auch innerhalb der Grünen gibt es Teile der Mitgliedschaft und der Wählerschaft, die eine bürgerliche Orientierung der Grünen a la Fücks, eine Ausrichtung auf „Standort“-orientierte Koalitionen (Rot-Grün 1998-2005 im

Bund oder „Jamaica“) und ein offenes Abrücken von Fragen der sozialen Gerechtigkeit bevorzugen würden.

(3) Wenn man diesen Aspekt berücksichtigt, dann reduziert sich die Dominanz des rot-rot-grünen Lagers über das bürgerliche Lager auf eine Mehrheit von gut 50 % zu gut 40 % für ein linkes Projekt. Ohne die LINKE hätte Rot-Grün „im engeren Sinne“ ein Übergewicht von gut 43 % zu gut 40 % gegenüber dem bürgerlichen Lager, aber keine eigene Mehrheit. Wenn man das auf die parlamentarische Ebene projiziert, würde das Verhältnis von 54:28 zwischen einem potentiellen rot-rot-grünen Lager und dem bürgerlichen Lager sich reduzieren auf eine linke Mehrheit von ca. 46:36. Ohne die LINKE hätte das rot-grüne Projekt ein Übergewicht von 39:36, aber keine inhaltliche Mehrheit jenseits der Parteidisziplin.

Es geht hier ausdrücklich nicht um die Zuordnung von Personen, und selbstverständlich gilt parlamentarisch auch das alte: „Mehrheit ist Mehrheit“. Es geht aber darum, sich bewusst zu machen, dass Rot-Grün **nur dann eine stabile gesellschaftliche Mehrheit und ein druckvolles parlamentarisches Übergewicht** hat, wenn es von links - von der LINKEN - gestützt und vorangetrieben wird. Das wird sofort deutlich, wenn man sich die zusätzliche Wirkung der öffentlichen Meinung, der Medien, und den Machtvorsprung privilegierter gesellschaftlicher Gruppen (Arbeitgeberverbände, Handelskammer, Banken etc.) vor Augen ruft.

(4) Ein rot-grünes Projekt, das sich von links wie von rechts abgrenzen und abschließen wollte, wäre auf Dauer der Legislaturperiode nicht durchhaltbar, weil ihm die nötige breite Unterstützung fehlt. Das ist der Grund, warum Rot-Grün konkrete Abstimmungsverhältnisse wichtig sind, warum für Rot-Grün eine Ausgrenzung der LINKEN kontraproduktiv wäre, und warum sich hier für uns **Verhandlungsspielräume öffnen** werden. Dies gilt aber NUR, wenn und solange die LINKE der erste Repräsentant der Bewegungen und der radikaleren Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit ist.

(5) Die Frage, ob Rot-Grün auf Dauer der Legislaturperiode durchhaltbar ist, ist sehr konkret. Ein Bruch der Koalition und ein Wiederaufleben von Rot-Schwarz ist dabei die unwahrscheinlichere Option. **Die größere Gefahr geht von einem inhaltlichen Ausverkauf des Projektes aus**, d.h. die Inhalte des rot-grünen Projekts werden gegen die verschiedenen Widerstände nicht durchgesetzt, während die Koalition als formale Hülle erhalten bleibt. Auch das wäre ein Scheitern des rot-grünen Projekts, sozusagen ein „stilles Scheitern“. Hier müssen wir Druck von links machen, Rot-Grün als unzureichend kritisieren, aber nicht in die Falle gehen, mit der CDU die positiven Versprechen des Koalitionsvertrags zu labilisieren. **Wir nehmen Rot-Grün beim Wort** und verlangen, dass dieser Wortlaut auch umgesetzt wird.

(6) Die Angriffslinie des bürgerlichen Lagers, die inhaltliche Umsetzung des Koalitionsvertrags zu verhindern und das rot-grüne Projekt zum Ausverkauf zu zwingen, ist deutlich zu unterscheiden von der Konstellation, wo SPD und/oder Rot-Grün autoritäre **Anwendungen im Sinne von „Staatspartei“ und „Durchregieren“** zeigen. Wo Rechte des Parlaments, der Opposition, der Öffentlichkeit gewahrt und antidemokratisches Anwenden von Staats- und Regierungsmacht blockiert werden soll, können sich auch **Bündnisse mit der bürgerlichen Opposition** ergeben.

(7) Parlamentarisch wie außerparlamentarisch müssen wir weder aus einer fixen Lagersolidarität noch aus einem fixem Oppositionsreflex heraus handeln. Wir **entscheiden jeweils konkret zwischen den Fällen**, wo wir

- mit Rot-Grün die positiven Inhalte des Koalitionsvertrags verteidigen,
- mit der bürgerlichen Opposition demokratische Rechte gegen Übergriffe der Regierung verteidigen,
- in Alleinstellung weitergehende linke Forderungen vertreten,
- versuchen, Rot-Grün entlang ihrer eigenen Ansprüche und des Drucks der Bewegungen über den Koalitionsvertrag und das rot-grüne Projekt hinaus zu drängen, indem wir Anliegen einbringen, die von SPD und Grünen schwer ablehnbar sind.

These 2: Rot-Grün als Projekt ist unzureichend, um die Probleme in Bremen zu lösen.

(1) Rot-Grün ist in der Tat ein **eigenständiges, für Bremen neues politisches Projekt**, das sich sowohl vom politischen Projekt der Großen Koalition, als auch von früheren politischen Projekten der Sozialdemokratie deutlich unterscheidet. Der **Koalitionsvertrag der Großen Koalition 2003** war eine explizite Kampfansage an die abhängig Beschäftigten, die EmpfängerInnen von Sozialleistungen und die EinwohnerInnen der sozialen Brennpunkte. Der Klassenkampf von oben sah unter dem Motto „Investieren und Sparen“ massive Geldgeschenke für Unternehmen vor, während Jagd auf alle „konsumtiven Ausgaben“ gemacht wurde, sprich Ausgaben für Bildung, Soziales, öffentliche Dienstleistungen. So formulierte die Präambel: „Für das Erreichen des Sanierungsziels eines verfassungskonformen Haushalts ist die Reduzierung des Finanzrahmens für die sog. sonstigen konsumtiven Ausgaben (Sachausgaben, wie z. B. Sozialleistungen, Zuwendungen, Bewirtschaftungskosten, etc.) von entscheidender Bedeutung.“ Im Bereich „Soziales“, der ohnehin unter Ferner Liefen eingestuft wurde, vielen Sätze wie: „Zur Verbesserung der Einnahmesituation werden gezielt Sachbearbeiter/innen eingesetzt, die sich auf Unterhaltseinzug und Kostenerstattung spezialisieren. Sozialhilfeempfänger/innen werden verstärkt zur gemeinnützigen Arbeit im Rahmen der Prämienarbeit herangezogen. Ziel aller Aktivitäten ist es, die Fallzahlen der Empfänger/innen von Sozialleistungen in Bremen deutlich zu senken.“

(2) Derartiges findet sich im rot-grünen Koalitionsvertrag 2007 nicht. **Das rot-grüne Projekt beendet den forcierten Klassenkampf von oben.** Es setzt auf:

- kleinere haushaltsneutrale **Umverteilungen** von den „investiven“ zu den „konsumtiven“ Ausgabenbereichen (Wohnkosten Hartz IV, LehrerInnen-Stellen, Sozialdienste), anstelle der bisherigen „Sanierungspolitik“ durch Absenkung der konsumtiven Ausgaben;
- kleinere haushaltsneutrale Umverteilungen innerhalb der „konsumtiven“ Ausgaben hin zu den **Stadtteilen** mit größeren sozialen Problemen, höherer Arbeitslosigkeit und geringeren Einkommen (Kinderbetreuung, Sozialdienste), anstelle der bisherigen Politik einer beschleunigten Entmischung;
- Vertretung Bremer Interessen auf **Bundesebene** (Bundesrat, Länderfinanzausgleich) anstelle der Politik der vorseilenden Anpassung, wie sie Scherf in Hoffnung auf Belohnung (der mystische „Kanzlerbrief“) verordnet hatte;
- Behauptung eines Primats der **Politik** durch stärkere Steuerung der Eigengesellschaften und der städtischen GmbHs, durch Verzicht auf weitere Privatisierung;
- kostenneutrale Schritte der Demokratisierung durch verbesserte **Partizipationsmöglichkeiten** (Beiräte, Bürgeranträge, Volksbegehren).

(3) Dieses Programm **reicht jedoch nicht aus**, um die Probleme zu lösen. Die derzeitigen Ausgaben für Personal, Sozialleistungen und sonstige konsumtive Posten bewegen sich ungefähr in der Höhe von 1994. Auch die Einnahmen und die Einwohnerzahl liegen in etwa auf der selben Höhe, wie zu Beginn des Sanierungszeitraums. Die Sonderzahlungen des Bundes gingen teils für die Zinszahlungen, teils für die enormen Subventionsgeschenke an Unternehmen im Rahmen des Investitionssonderprogramms drauf. Während sich die **finanzpolitische Gesamtsituation** und das laufende Defizit gegenüber 1994 praktisch nicht verändert haben, abgesehen von der weiter gestiegenen Verschuldung und entsprechend höheren Zinszahlungen, spricht das Einfrieren der konsumtiven Ausgaben auf der Höhe von 1994 für **öffentliche und private Verelendung**. Schließlich sind die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Sozialleistungsempfänger gestiegen, die Verbraucherpreise sind um ca. 20 % gestiegen, die Kosten für Mieten und Nebenkosten um ca. 30 %: Um so viel elender muss ein großer Teil der Einwohner Bremens heute leben! Während die Kosten für Versorgungsleistungen gestiegen sind, sind die Kosten für aktuell Beschäftigte gleich geblieben, was bedeutet: Es ist Personal abgebaut und die Qualität öffentlicher Dienstleistungen massiv verschlechtert worden.

(4) Während die finanzwirtschaftliche Situation Bremens bereits um 1975 aus dem Gleichgewicht geriet und sich seither im Grunde nie mehr erholt hat, **ist die soziale Lage 2002-2005 durch die Hartz-Gesetze gekippt**. Das rot-grüne Projekt reduziert die „Sonderverschwendungen“ durch Subventionen, für die nach dem Ende der Sanierungszahlungen des Bundes ohnehin das „frische Geld“ fehlt, und verschiebt die knappen Mittel in die besonders betroffenen Stadtteile. Dies ist zwar eine Korrektur der Politik, zu einer Korrektur der entstandenen Situation wird es jedoch nicht führen. Schon jetzt ist klar, dass sich auch in den besser gestellten Stadtvierteln eine Teilung in „gute“ und „schlechte“ Hälften vollzieht: die Decke wird hin und her gezogen, aber sie ist zu kurz. **Rot-grün richtet das Haus neu ein, das die Große Koalition gebaut hat - aber die Mauern stehen und der Grundriss liegt fest**.

(5) Dieses Akzeptieren des Umbaus der Gesellschaft, wie die Große Koalition ihn für Bremen betrieben hat, wird besonders deutlich in der **Bildungspolitik**. Die Große Koalition hat im Einvernehmen mit der SPD klassische sozialdemokratische Bildungspolitik zerstört und ein an Süddeutschland orientiertes Bildungssystem durchgesetzt. Mit der **Abschaffung der Orientierungsstufe 2004/5** und der entsprechenden Förderung von **Gymnasien ab Klasse 5** führte die Große Koalition einen gezielten Schlag gegen längeres gemeinsames Lernen, gegen individuelle Förderung und gegen Chancengleichheit. Der Ausbau der Gesamtschule als Restschule neben dem Gymnasium ist das Gegenteil einer vernünftigen PISA-Strategie. Das rot-grüne Konzept eines „undogmatischen Lernens aus PISA“ kapituliert hier vor den Klasseninteressen der bürgerlichen Opposition. Wiederherstellung der Orientierungsstufe, gemeinsames Unterrichten bis Klasse 10, Eingliederung der Gymnasien in integrierte Schulzentren: So würde der Weg aussehen, wenn einige Mauern des Hauses eingerissen werden sollten, das die Große Koalition gebaut hat.

(6) **Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Bremer Situation liegen auf Bundesebene** und können von der Bremer Politik nicht durch eigenen Beschluss geändert werden: die Hartz-Gesetze 2002-2005, die Steuersenkungen seit 1998, die Abschaffung der Vermögenssteuer 1995, die veraltete Konzeption des Länderfinanzausgleichs. Rot-grün hat bei der Bundesratsabstimmung zur Unternehmenssteuerreform gezeigt, dass es nicht mehr bereit ist, weiteren Verschlechterungen für Bremen zuzustimmen. Das reicht jedoch nicht aus. Es muss aktive Schritte für eine **Rücknahme der Fehlentwicklungen** geben. Die geplante gemeinsame Initiative mit Berlin zum Mindestlohn

ist hier ein richtiger Schritt. Den Problemen angemessen wäre jedoch nur ein Projekt, das offen ausspricht, dass die Hartz-Gesetze abgeschafft werden müssen, die Unternehmenssteuern wieder erhöht und der Länderfinanzausgleich bedarfsgerecht ausgerichtet werden muss - und das dafür Initiativen ergreift und sie in öffentliche Kampagnen einbettet.

(7) Das rot-grüne Projekt bleibt **weitgehend in den Paradigmen gefangen**, die von der neoliberalen Politik auf Bundesebene vorgegeben werden. Ein-Euro-Jobs sollen weiterhin Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik bleiben. Da ist vielversprechend die Rede vom „**Sozialen Arbeitsmarkt**“, doch die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsangebote dort werden weiterhin lediglich als Integrationsmaßnahmen für schwer Vermittelbare interpretiert. Die Instrumente aktiver Beschäftigungspolitik sollen vorrangig aus europäischen Fördermitteln finanziert werden, was bedeutet, dass „Qualifizierungsprogramme“ reguläre Beschäftigungen verdrängen werden. Die Tatsache, dass hohe Arbeitslosigkeit nicht auf spezielle Vermittlungshindernisse der Einzelnen zurückzuführen ist, sondern auf grundlegende Fehler des derzeitigen Arbeitssystems, wird weiterhin systematisch ignoriert. Entsprechend findet sich auch die irreführende Wendung von den „**echten Arbeitsplätzen**“, die im SPD-Wahlkampf propagiert wurde, im Koalitionsvertrag wieder. Hochsubventionierte Arbeitsplätze bei profitorientierten Konzernen, die das Land unterm Strich viel Geld kosten, sind „echt“; geförderte Arbeitsplätze bei gemeinnützigen Initiativen, die öffentliche Aufgaben preiswert durchführen, sind „unecht“. Hier wird das neoliberale Wahnsystem auf Teufel komm raus aufrechterhalten, auch wenn die Zahlen eine andere Sprache sprechen.

(8) Ebenso wird ignoriert, dass unter den Bedingungen fehlender Kontrolle von Einnahmemöglichkeiten und Beschäftigungspolitik eine Bekämpfung der sozialen Spaltung nicht haushaltsneutral zu haben ist. Eine Anhebung der **Neuverschuldung** kann ebenso wenig ein Dogma sein, wie neue Instrumente zur **Heranziehung lokaler Vermögen** (siehe Haushaltsnotlagensteuer).

(9) Was davon zu halten ist, „die Gesellschaften wieder enger an die Kandare zu nehmen“, bleibt abzuwarten. Wird die Landesregierung endlich auch ihre **strukturelle Mehrheit bei der BAGIS** nutzen, um die unerträglichen Zustände dort abzustellen? Ein weiterer, dem Zugriff der demokratisch legitimierten Politik völlig entzogener Bereich mit erheblichen Mitteln stellen die **privaten Stiftungen** dar, über die sich eine Refeudalisierung der Gesellschaft vollzieht. Hier wird deutlich, dass Geld da ist, was aber nicht zur Disposition der Gesellschaft steht, sondern von privaten Geld- und Machthabern nach ihrem Gutdünken eingesetzt wird. Das private Bankeninteresse am endlichen Verkauf des **Space Park** wird subventioniert durch den „begleitenden“ Schleuderverkauf öffentlicher Grundstücke und der denkmalgeschützten Getreideanlage. Wenn die indirekte Anweisung Böhrnsens an die BIG, sich hier entsprechend willfährig zu verhalten, das neue Modell des „an die Kandare Nehmens“ ist, dann wird „Investieren und Sparen“ jetzt angesichts leerer Kassen als „**Verschleudern und Einfrieren**“ weitergeführt. Das ist kein Fortschritt.

(10) Trotz guter Absichten geht das rot-grüne Projekt in Bremen **einer Konfrontation mit mächtigen Privatinteressen systematisch aus dem Weg**. Dafür steht die Verschleppung der Entscheidung zum **Kohlekraftwerk**, wo den privaten Interessen der swb weiter eine Tür offen gehalten wird. Dafür steht die Nichteinmischung in das Planfeststellungsverfahren des Bundes zur **Weservertiefung**, wo eine systematische Bedarfsprüfung durch das Land gar nicht erst unternommen wird und die privaten Profitinteressen von Stahlwerke Bremen und Futtermittelimporte Müller (Unterweser) bzw. Eurogate und Maersk (Außenweser) umstandslos als wirtschaftspolitisches Bremer Allgemeininteresse durchgehen sollen. Hier

werden ökologische und ökonomische Schulden aufgenommen, für die es keinerlei Rechtfertigung gibt.

These 3: Unser Ziel ist die Radikalisierung von Rot-Grün zu einem breiten anti-neoliberalen Bündnis

(1) Ein anti-neoliberales Bündnis ist **etwas anderes als eine (rot-rot-grüne)**

Koalitionsbildung. Eine solche kann, muss aber nicht Teil der Bündnisstrategie sein. Entscheidend sind die Inhalte und die Gemeinsamkeit eines **breiten gesellschaftlichen Bündnisses** unter Einschluss wesentlicher Teile von SPD und Grünen, vor allem aber auch der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften, der kritischen Intelligenz, der abhängig Beschäftigten und der sozial Ausgegrenzten. In welcher Weise und mit welchen Mitteln sich ein solches Bündnis parlamentarisch abbildet, ist nicht unwesentlich, aber nachrangig.

(2) Ein anti-neoliberales Bündnis muss an den erwähnten Punkten die **Grenzen des rot-grünen Projekts sprengen** und radikal darüber hinaus gehen. Bisher haben wir ein linkes Projekt, das von einem anti-neoliberalen Bündnis durchgesetzt werden könnte und das aus unserer Sicht auch Kern einer rot-rot-grünen Zusammenarbeit sein müsste, noch gar nicht hinreichend formuliert, auch wenn in unserem Wahlprogramm einiges dazu gesagt ist. Ein anti-neoliberales Projekt muss **mehr sein als die Forderung, „nicht noch mehr Neoliberalismus“**. Es muss eine Umkehrung der bisherigen Entwicklung anstreben im Rahmen einer sozialen und ökonomischen Neugestaltung der lokalen Verhältnisse. Unsere Aufgabe ist also eine doppelte: Zum einen müssen wir die zentralen Bruchpunkte bestimmen, die Weichenstellungen, die eine Unterstützung durch uns wert wären. Also die Entsprechung zu den Forderungen auf Bundesebene: Rücknahme von Hartz IV, Rücknahme der Rente ab 67 und Beendigung der Auslandseinsätze - eine Liste, die eine Unterstützung durch die LINKE wert wäre. Zum anderen ist dies natürlich noch kein (positives) Projekt. Der zweite Teil der Aufgabe (der auf Bundesebene noch ungelöst) ist, wäre ein solches positives Projekt zu skizzieren, wie unter Bedingungen der Globalisierung, der Veränderungen der Arbeit, der Individualisierung und Subjektivierung etc. Solidarität, Sicherheit und Fortschritt heute gewährleistet werden können - als mittelfristiges Projekt, das konkret angehend ist, und aus unserer Sicht eine Etappe in der langfristigen Überwindung des Kapitalismus darstellt.

(3) Auf Bremen übertragen, wäre die „**Negativliste**“:

- Bruch mit den Haushaltsvorgaben der „**Sanierungspolitik**“, bedarfsorientierte Formulierung notwendiger Ausgaben im Bereich Arbeit, Soziales, Kinder/Jugend, Bildung, Migration, Senioren etc.
- Umkehrung der bisherigen **Privatisierungspolitik**, durch Rückführung von privatisierten Bereichen in öffentliches Eigentum.
- Bruch mit der bildungspolitischen Orientierung auf das **dreigliederige Schulsystem**, stattdessen Schritte der systematischen Einführung eines integrierten, eingliederten Schulsystems.
- Vollständiger Ausstieg aus **Ein-Euro-Jobs**, politische Kontrolle der BAGIS mit dem Ziel, den Terror und die Kürzungspolitik gegenüber den Arbeitslosen zu beenden. Das hatten wir so ähnlich auch in den 11 Punkten formuliert.

(4) Was aber sind die **positiven, offensiven Initiativen eines anti-neoliberalen Projekts** in Bremen? Möglicherweise diese:

- Einrichtung eines „**Sozialen Arbeitsmarktes**“, der als eigenständige, dauerhafte, notwendige Ergänzung zur Privatwirtschaft konzipiert ist und in dem mit öffentlicher Förderung reguläre, dauerhafte Jobs in gemeinnützigen Aufgaben unter freier Trägerschaft geschaffen werden. Ohne einen solchen Sektor kann Arbeitslosigkeit heute nicht mehr wirklich gesenkt werden, „nicht-profitable“ gesellschaftliche Aufgaben nicht mehr erfüllt werden, das Recht auf Arbeit für erhebliche Teile der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet werden. Dieser Sektor könnte auch progressiv vorgehen in Sachen Vereinbarkeit, „kurze Vollzeit“, Flexibilität nach den Bedürfnissen der Arbeitenden, neue Kooperationsformen etc.
- Aufbau einer **sozialen Infrastruktur in den Stadtteilen** (insbesondere denen mit zugespitzten sozialen Problemlagen, aber prinzipiell in allen), die nicht mehr reparatur- und kontrollorientiert ist, sondern **als Teil einer neuen Wirtschaftspolitik** verstanden wird. Hier würden soziale Sicherheit, Bejahen von Differenz und experimentelle Freiräume als Elemente einer nicht-elitären kreativen Ökonomie gefördert.
- **Offensive Finanzpolitik** zur Finanzierung der lebenswichtigen und gesellschaftserhaltenden Ausgaben, darunter gezielte Kampagnen für eine veränderte Bund-Länder-Verteilung, Initiativen für Wiedererhebung der Vermögenssteuer, Einbindung der privaten Stiftungen in gemeinschaftliche Aufgabenplanung, Erhebung von Sonderabgaben und Sondersteuern zur Ausgabenfinanzierung aus unverhältnismäßig angewachsenem privaten Reichtum und Konzernbesitz.
- **Neuerfindung des öffentlichen Dienstes** als Bedingung seiner Ausweitung, dazu Entwicklung neuer Formen der Partizipation, der Mitgestaltung durch die Bevölkerung selbst, der „Vergesellschaftung“ durch Verlagerung von Entscheidungen in die Bevölkerung. Hier könnten z.B. entsprechende Projekte der skandinavischen Linken und Gewerkschaften aufgegriffen werden, wie ein moderner öffentlicher Dienst gezielt die Tendenzen der Staatsbürokratie abbauen kann.

(5) Es wäre die **Aufgabe der LINKEN**, ein solches anti-neoliberales Programm **klar, nachvollziehbar, operationalisierbar und populär** zu machen. Das erfordert die Diskussion und Zusammenarbeit mit allen anderen linken und fortschrittlichen Kräften, auch das Einfordern einer Diskussion mit Grünen und SPD um eine Lösungsstrategie für die sozialen Probleme Bremens. Es wird aber die LINKE sein müssen, die dabei vorgeht - mit konzeptionellen Vorschlägen, aber auch mit einer Kampagne zur allgemeinen Aufklärung, um mehr Menschen für die Ausarbeitung und Propagierung eines solchen Programms zu mobilisieren.

(6) Ein anti-neoliberales Projekt wird breite Mehrheiten und viel öffentlichen Druck brauchen, soziale Kämpfe, Bewegungsdruck. Es wird nicht durchsetzbar sein ohne **breiten außerparlamentarischen Druck**, und es wird nicht umsetzbar sein ohne eine **rot-rot-grüne parlamentarische Zusammenarbeit**, welche Form auch immer diese annehmen mag. Rot-rote Koalitionen, grün-linke Mehrheiten oder außerparlamentarische Zuspitzung unter alleiniger Zusammenarbeit mit der (oppositionellen) LINKEN sind **keine** realistischen Optionen. Sie würden Abgrenzungsschirmmützel in den Vordergrund rücken, die Verbreiterung des gesellschaftlichen Drucks und die gemeinsame Ausarbeitung des inhaltlichen Projekts dagegen in den Hintergrund treten lassen. Ein attraktives, kluges, mutiges anti-neoliberales Projekt wird auch auf die rationalen, modernen, nicht-chauvinistischen Teile der bürgerlichen Opposition eine gewisse Ausstrahlung haben, und auch das ist wünschenswert, notwendig und eigenständig anzustreben, um den Widerstand dagegen zu schwächen und Hegemonie zu gewinnen. Es geht nicht um eine parlamentarische Mehrheitskoalition, es geht um eine breite gesellschaftliche Bewegung, die eine „überbreite“ parlamentarische Zusammenarbeit progressiver Kräfte braucht. Das ist nötig, wenn ein

Politikwechsel durchgesetzt werden soll und nicht nur Korrekturen in der Ausgestaltung der vorgegebenen Rahmenbedingungen.

(7) Ein anti-neoliberales Projekt ist nicht mit parlamentarischen Mehrheiten allein durchsetzbar, sondern nur in einer komplexen Mischung aus breiten parlamentarischen Mehrheiten, intensiver gesellschaftlicher Mobilisierung, sozialen Kämpfen, und gezieltem Druck auf Bundespolitik. Ein anti-neoliberales Projekt ist auch nicht isoliert in Bremen durchsetzbar. Es wird erst möglich, wenn es auch an anderen Orten eine stärkere Bewegung in diese Richtung gibt und die **Bundespolitik unter so starken Druck gerät**, dass sie zumindest reale Spielräume für die Länder eröffnet und die Strangulierung durch die Länderfinanzen und die Arbeitsmarkt-„Reform“ substanziell lockert.

These 4: Unser Beitrag zu diesem Ziel liegt in Mobilisierung, Konzeptionalisierung und Bewegungspolitik

(1) Teil der Linksverschiebung war die **Mobilisierung** von sozial Ausgegrenzten und Bedrohten, von frustrierten früheren LinkswählerInnen, von Menschen die vom politischen System relativ enttäuscht sind. Hier kommt der LINKEN eine herausragende Rolle zu. Diese Rolle zu verstärken, ist einer der Schlüssel für ein zukünftiges anti-neoliberales Bündnis. So wählten bei der 2007er Wahl die Menschen in den klassischen Arbeitervierteln wie Gröpelingen mit einer Wahlbeteiligung von unter 50 %, in den bürgerlichen Vierteln wie Schwachhausen dagegen mit einer Wahlbeteiligung von über 70 %. Hierin drückt sich nicht nur Wahlverhalten aus, sondern generell eine unterschiedlich starke politische Partizipation. Der höhere Mobilisierungsgrad der bürgerlichen Schichten sichert deren überproportionalen Zugriff auf öffentliche Ressourcen und Vertretung ihrer Interessen. Eine linke Mobilisierungspolitik muss dazu beitragen, diesen Vorsprung zu verringern. Den **Stadtteilbüros, dem Plenum, der Aufklärung vor Ort, der konkreten Vertretung der alltäglichen Interessen der „politikferneren“ Schichten** kommt deshalb herausragende Bedeutung für unsere Strategie zu. Unser Ziel ist, langfristig die linke Mobilisierung gerade in den traditionellen Arbeitervierteln, den Großsiedlungen und den sozialen Brennpunkten zu steigern.

(2) Unser Beitrag zu einem anti-neoliberalen Bündnis liegt zweitens in der **Konzeptionalisierung** einer anti-neoliberalen Politik, d.h. in der Ausarbeitung eines Programms, das den Übergang bewerkstelligt. In den Bereichen Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildung, Finanzen und Wirtschaft müssen grundsätzliche Weichen gestellt werden. Hierzu sind unsere bisherigen Konzepte nicht ausreichend, weil nicht trennscharf genug, nicht operationalisierbar genug, nicht sachkundig genug. Diese Konzepte müssen umfassend gedacht werden, d.h. sie dürfen nicht von vorneherein eingeeignet sein auf das, was auf Bremer Ebene entscheidbar ist, was parlamentarisch machbar ist, etc. Die Politik zu ihrer Umsetzung muss Bewegungspolitik und überregionale Initiativen mit einschließen, aber es muss auch klar sein, was genau ein parlamentarisches Bündnis in Bremen dabei tun müsste. Die Schwerpunktsetzung auf unsere **Kernkompetenz „soziale Gerechtigkeit“** ist beizubehalten. Sie ist aber zu ergänzen um eine **„antipodische Zweitkompetenz“ im Bereich Wirtschaftspolitik**. Vorbild ist die Strategie der Grünen, die ihrer Kernkompetenz Umweltpolitik eine antipodische Zweitkompetenz Finanzpolitik zugeordnet und systematisch aufgebaut haben, um den Hauptwiderstand gegen Forderungen aus ihrer Kernkompetenz von vorneherein den Wind aus den Segeln zu nehmen. Eine Schlüsselstellung für die Aufgabe der Konzeptionalisierung nehmen die zu bildenden **Arbeitskreise** und ein anzustrebender regelmäßiger **Ratschlag** ein.

(3) Eine anti-neoliberale Politikwende ist nur bei einer breiten Mobilisierung, einer breiten gesellschaftlichen und parlamentarischen Mehrheit, und einer **engen Zusammenarbeit zwischen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken Parteien** möglich. Der LINKEN kommt hier die Aufgabe zu, Strukturen und Praktiken aufzubauen, die für enge Kommunikation, Kooperation und kritische Begleitung sorgen. Der Anspruch kann dabei nicht sein, Bewegungen und Gewerkschaften privilegiert an sich zu binden, sondern Strukturen und Praktiken zu entwickeln, die generell beispielhaft sein können. Eine „**offene Fraktionsarbeit**“, die Bewegungen einlädt, über die Arbeitskreise Kontakt hält, Initiativen gemeinsam entwickelt, parlamentarische Instrumente zur Nutzung anbietet, und die Bewegungen auch außerparlamentarisch unterstützt, ist hier der richtige Ansatz.